

50 Jahre Stärkung der Demokratie und der politischen Partizipation in Deutschland – einige Streiflichter

Roland Roth

Um die spezifischen Leistungen der Stiftung Mitarbeit für die Stärkung der Demokratie in Deutschland in den letzten fünf Dekaden angemessen würdigen zu können, ist ein differenziertes Verständnis von Demokratie notwendig. Eine 50 Jahre währende Stärkung lässt rasch den Verdacht aufkommen, die deutsche Demokratie könne nun – Popeye-gleich – vor lauter Kraft nicht mehr laufen. Auch das gegenläufige Bild dauerhafter Katastrophenhilfe für eine schwindsüchtige und permanent gefährdete Demokratie würde nicht zuletzt die Leistungsfähigkeit einer Stiftung überzeichnen – von dem überzogenen Krisenszenario ganz abgesehen.

Ohne auf die demokratiepolitischen Interventionen der Stiftung Mitarbeit selbst näher einzugehen, hat dieser Beitrag zum Ziel, den konzeptionellen und zeitgeschichtlichen politischen Kontext auszuloten, der dafür von Bedeutung sein sollte. Dies geschieht in drei Schritten. Zunächst werden allgemeine Maßstäbe vorgestellt, die aus heutiger Sicht für die Bewertung der demokratischen Qualität eines Gemeinwesens hilfreich sein können. Im zweiten Schritt werden einige demokratische Wachstumsringe in der Geschichte der Bundesrepublik beleuchtet, zu denen die Stiftung in der einen oder anderen Form beigetragen hat. Im Zentrum stehen dabei die Stärkung der Demokratie als Lebens- und als Gesellschaftsform sowie die politische Aufwertung aktiver Bürgerschaft. Schließlich werden abschließend einige aktuelle Herausforderungen benannt, vor denen demokratische Impulse aus der Zivilgesellschaft stehen.

I. Demokratiepolitische Maßstäbe

»Democracies are not permanent orders, but rather are better thought of as experiments that institutionalise a process of ongoing change.« (1)

In einer ersten Annäherung auf der Suche nach den plausiblen Maßstäben gilt es einige zentrale Merkmale von Demokratien in Erinnerung zu rufen, über die heute weitgehend Konsens besteht.

Demokratie bedeutet Veränderung

Wie keine andere politische Herrschaftsform setzt Demokratie auf permanente Veränderung, sei es als Anpassung an gewachsene Beteiligungsansprüche aus der Bürgerschaft, sei es als Reaktion auf interne und externe Herausforderungen. Ein Geheimnis der vergleichsweise großen Stabilität von Demokratien liegt – so sahen es schon die Vordenker der attischen Demokratie – in ihrer beachtlichen Anpassungs- und Lernfähigkeit (2). Politische Grundrechte (Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) und die institutionelle Ausgestaltung von Volkssouveränität (Wahlrecht, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit etc.) sind Garanten permanenter Veränderung, denn sie bieten den Bürgerinnen und Bürgern die Chance, durch geregelte institutionelle Beteiligungsverfahren Einfluss zu nehmen, aber auch ihr Unbehagen, ihren Widerspruch, ihre Forderungen jederzeit zu artikulieren, ohne dass sie dafür sanktioniert werden. Diese Chance zur Anpassung an veränderte Verhältnisse, zu Lernprozessen ohne tödlichen Ausgang, durch eine aktive Bürgerschaft machen die besondere Attraktivität und relative Stabilität von Demokratien aus – Stabilität in der Veränderung. Im Kontrast zu einem vor allem auf Stabilität und Ordnung setzenden Verständnis von Demokratie sind Krisen und neue Herausforderungen ihr Lebenselixier.

Für Demokratien gilt in deshalb besonderer Weise, was Theodor W. Adorno einmal über moderne Gesellschaften insgesamt sagte: sie sind wesentlich Prozess. Volkssouveränität und die Gewaltenteilung sorgen dafür, dass Macht breit gestreut ist und der politische Prozess auf Öffentlichkeit und Deliberation, d.h. auf die Weisheit der Vielen setzt. Demokratien können damit leichter dem Schicksal autoritärer Regimes entgehen, die durch die übergroße Machtkonzentration an der Spitze immer wieder autistische Züge entwickeln. Gerade für autoritäre Verhältnisse gilt darum die hochaktuelle Machtdefinition von Karl W. Deutsch: Macht hat derjenige, der glaubt es sich leisten zu können, nicht lernen zu müssen (3). Aber Demokratien sind nicht auf der sicheren Seite. Auch sie können autoritären Versuchungen erliegen und ihre Lernfähigkeit blockieren.

Demokratie ist ein offener Prozess

Demokratie ist keine Alles-oder-Nichts-Angelegenheit, sondern ein offener Prozess, in dem eine Gesellschaft ihren demokratischen Idealen näher kommt oder sich von ihnen entfernt (4). In Sachen Demokratisierung und Demokratieentwicklung sind Fortschritte und Rückschritte immer möglich. Da sich Demokratie in vielfältigen Institutionen, Praxisformen und Lebensbereichen manifestiert, kann es in einer Gesellschaft – je nach Bereich – unterschiedliche Entwicklungen geben. In einigen Lebensbereichen ist das demokratische Entwicklungsniveau weiter fortgeschritten als in anderen. Ohne den Rückgriff auf explizite demokratische Normen und Werte (politische Gleichheit, Verantwortlichkeit der Regierung, Rechtsstaatlichkeit etc.) kann nicht sinnvoll von Demokratie gesprochen werden. Die Geltung dieser Normen, d.h. ihre institutionelle Umsetzung und alltagspraktische Bedeutung, kann erlebt, beobachtet und eingefordert werden. In diesem Sinne gibt es »schwache« oder »starke« Demokratien. Akzeptierte und gelebte demokratische Normen sind auf individueller Ebene, im Alltagshandeln, in zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Zusammenschlüssen wie in der Regierungspraxis und im staatlichen Handeln von Bedeutung.

Demokratie bedeutet Vielfalt

Es gibt kein universelles Modell von Demokratie. Historische und nationale Besonderheiten spielen eine wichtige Rolle. Aber es lassen sich auch unterschiedliche Entwicklungsniveaus identifizieren. Neue Erfindungen und Designs sind nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert. Gute und gefestigte Demokratien zeichnen sich u.a. durch eine Vielfalt von demokratisch geprägten und demokratieförderlichen Institutionen und Prozessen in allen gesellschaftlichen Bereichen aus. Ihre Grundlage ist die möglichst intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an allen öffentlichen Angelegenheiten. Diese Vielfalt an Möglichkeiten sollte auch das Nachdenken über demokratische Vitalisierungen und Vertiefungen inspirieren. Es gibt nicht den *einen* Schlüssel und den *einen* Weg, der zum gewünschten Zustand führt. Nicht alle denkbaren Reformanstrengungen passen zueinander und in den jeweiligen nationalen und lokalen Entwicklungspfad. Oft wird die öffentliche Debatte durch Beiträge bestimmt, die ausschließlich auf eine demokratische Methode setzen, ohne Grenzen, Kosten und das notwendige Zusammenspiel mit anderen demokratischen Formen zu bedenken. Klassisch ist die reflexartige Verteidigung repräsentativer Formen (Wahlen, Parlamente) gegen jede demokratische Konkurrenz, aber auch bestimmte Alternativen, wie z.B. Bürgerentscheide oder Bürgergutachten, werden zuweilen absolut gesetzt und so in ihrer Leistungsfähigkeit überfordert. Eine Vertiefung der Demokratie benötigt neue Gewichtungen und demokratische Formen. Ihre wechselseitige Verträglichkeit und erwünschte Synergieeffekte werden sich oftmals erst im Reformprozess selbst erweisen. Nötig ist deshalb eine offene, fehlerfreundliche Grundhaltung, die Beteiligungserfahrungen und -bewertungen der Bürgerinnen und Bürger immer wieder als Anstoß für Veränderungen aufgreift und verstärkt. Programme zur Vitalisierung der Demokratie können ihren normativen Ansprüchen und Qualitätsvorstellungen nur gerecht werden, wenn sie möglichst vielfältige Formen partizipativer Rückmeldung und Evaluation einbauen, d.h. sich selbst dem Votum der Bürgerschaft aussetzen.

Demokratie muss gelernt werden

»Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein« (5). Mit dieser Feststellung wird nicht nur der besondere Bedarf an politischer Bildung in Demokratien betont, sondern zugleich deutlich, dass sie einer aktiven Bürgerschaft bedürfen. Vereine, Stiftungen, Initiativen und andere Organisationen, die sich dieser Aufgabe widmen, tragen – unabhängig von ihren jeweiligen Aktionsschwerpunkten – zu einer demokratisch verfassten politischen Kultur bei. Diese Einsicht ist keineswegs selbstverständlich, denn bis in die 1960er Jahre hinein galt es im Kontext der Systemkonkurrenz mit permanent überpolitisierten kommunistischen Staaten als Vorzug des Westens, die Bürger weitgehend in Ruhe zu lassen. Als politische »Bürgerpflicht« galt lediglich der Gang zur Wahlurne, und die politische Apathie breiter Bevölkerungsgruppen wurde als Ausdruck von Zufriedenheit gedeutet. Politik konnte nach Ansicht der von Schumpeter begründeten »realistischen Demokratietheorie« einer kleinen Schicht konkurrierender professioneller Eliten überlassen bleiben. In Negts aktuelle Aussage gehen 50 Jahre bürgerschaftliche Aufbrüche ein, die in Theorie und Praxis zu einem weitgehenden Abschied vom dem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten dominierenden liberalen Modell »demokratischer Elitenherrschaft« beigetragen haben.

Die politische Verantwortung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt ihrer Aufklärungs- und Vernetzungsarbeit in einer Zeit gestellt zu haben, als dies alles andere als selbstverständlich war,

gehört zu den besonderen Verdiensten der Stiftung Mitarbeit. Die Förderung der individuellen politischen Mitarbeit gehört zu ihren Schwerpunkten von Anfang an.

Um Beiträge zur Demokratieentwicklung angemessen würdigen zu können, macht es Sinn, eine in der politischen Bildung und Demokratiepädagogik eingeführte Unterscheidung aufzugreifen (6). Danach lässt sich Demokratie in drei Dimensionen darstellen:

- **Demokratie als Herrschaftsform.**

Hier geht es um die institutionellen Grundformen repräsentativer Demokratien, um Volkssouveränität, freie Wahlen, Repräsentation, Parlamentarismus, Parteienwettbewerb, Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit, Anerkennung von Menschen- und Bürgerrechten – in Deutschland auch verbunden mit der Sozialstaatsklausel. Die öffentliche Debatte über die Verfassung der Demokratie konzentriert sich meist auf dieses Themenspektrum. Krisenpotentiale, wie die nachlassende Wahlbeteiligung oder sinkende Mitgliedszahlen in den Volksparteien, aber auch Reformnotwendigkeiten, wie z.B. das Wahlrecht für Zugewanderte aus Drittstaaten oder verbesserte Regelungen für Bürger- und Volksentscheide, werden zumeist dort angesiedelt.

- **Demokratie als Gesellschaftsform.**

Im Kontrast zur staatsfixierten Perspektive kommen hier die zivilgesellschaftlichen Grundlagen von Demokratie in den Blick. Ein offenes und pluralistisches Organisationsgefüge, unabhängige Initiativen und freiwillige Zusammenschlüsse, Öffentlichkeit und Zivilität im Umgang untereinander sind zentrale Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft. Erst dieses assoziative Feld der Demokratie schafft jene Voraussetzungen (generalisiertes Vertrauen, Konflikt- und Kompromissfähigkeit, Anerkennung und gegenseitiger Respekt, gewaltfreier Umgang mit Vielfalt, Kooperationsfähigkeit), ohne die sich institutionelle Politik nicht auf Dauer demokratisch entwickeln kann. Dabei können einzelne Zusammenschlüsse durchaus demokratiefremd, autoritär oder demokratiefeindlich sein. Wichtig ist, dass es genügend zivilgesellschaftliche Akteure gibt, die deren Einfluss eindämmen und zur Korrektur drängen (7).

- **Demokratie als Lebensform.**

Eng verbunden mit den Leistungen der Zivilgesellschaft ist die Einbettung demokratischer Normen in das Alltagsleben. Dazu gehören heute »Verhandlungsfamilien«, in denen Kinder etwas zu sagen haben, ebenso wie eine demokratische Mitgestaltung in Kindereinrichtungen, Schulen und Jugendzentren. Geschlechterdemokratie, Solidarität und Selbstorganisation gehören ebenso dazu, wie in Zeiten der Globalisierung und Migration ein entspannter Umgang mit den vielfältiger werdenden Lebensstilen. »Das Schicksal einer lebendigen demokratischen Gesellschaftsordnung hängt davon ab, in welchem Maße die Menschen dafür Sorge tragen, dass das Gemeinwesen nicht beschädigt wird, in welchem Maße sie bereit sind, politische Verantwortung für das Wohlergehen des Ganzen zu übernehmen« (8).

Bei diesen drei Formen handelt es sich um analytische Unterscheidungen, die in der Realität stark miteinander verknüpft sind. Zivilgesellschaftliches Engagement in Vereinen und Initiativen kann zur Ausprägung von demokratischen Haltungen und Orientierungen beitragen, die auf institutionelle Formen der politischen Beteiligung ebenso Einfluss nehmen wie auf die Lebensweise der Bürgerinnen und Bürger. Zivilgesellschaftliches Engagement kann aber auch politisch folgenlos bleiben und sich auf einen »vopolitischen« Raum begrenzen oder begrenzt werden, d.h. die Uhren können in jeder der drei Ebenen anders gehen. Deshalb ist diese Unterscheidung trotz aller Unschärfen hilfreich, um demokratiepolitische Entwicklungen präziser zu fassen.

Ein Blick auf die Veröffentlichungen und Tätigkeitsfelder der Stiftung Mitarbeit macht deutlich, dass ein weiterer Schwerpunkt in der Unterstützung von Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und lokalen Beteiligungsprojekten, aber auch mit Moderatorenkursen und Konfliktschlichtungsseminaren in erster Linie auf den Ebenen demokratischer Gesellschafts- und Lebensformen bestanden hat und bis heute besteht. Sie kann für sich in Anspruch nehmen, dies bereits in einer Zeit getan zu haben, als es dafür weder die heute selbstverständliche Begrifflichkeit (Bürgerinitiative, Bürgergesellschaft, Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement etc.) noch die entsprechende politische Anerkennung gegeben hat.

II. Demokratie als Lebensform in einer demokratischen Gesellschaft – Substanzgewinne der letzten 50 Jahre

1. Die sechziger Jahre – autoritäre Traditionen und demokratisch-zivilgesellschaftliche Aufbrüche

»Wir müssen alles tun, was in unserer Macht steht, um der ausgesprochenen Neigung der modernen Deutschen entgegen zu wirken, der lieber an die Macht des Staates glaubt als an seine eigene Verantwortung als Bürger« (9)

Die zweite deutsche Demokratie startete mit beachtlichen Hypothesen. Sie war nicht von der Bevölkerung erstritten und erkämpft worden, sondern ein Besatzungsprojekt, eine »befohlene Demokratie«, getragen von einer kleinen demokratischen Elite unter alliierter Aufsicht. Die Mehrheit der gebeutelten und demoralisierten Bevölkerung stand diesem politischen Gastgeschenk zunächst distanziert bis skeptisch gegenüber. »Auch in der Nachkriegszeit ist die Geschichte der deutschen Demokratie eine Geschichte der ängstlichen und beflissenen Anpassung an vorgegebene herrschafts- und Autoritätsverhältnisse geblieben« (10). Schließlich war die junge Generation mehrheitlich und folgenreich unter nationalsozialistischen Vorzeichen erzogen worden, die mittlere

Generation hatte, wenn sie aus dem Kriege zurückkam, im Dritten Reich wichtige politische und gesellschaftliche Funktionen inne, und die Älteren hatten den Niedergang der Weimarer Republik erlebt.

Unter diesen Vorzeichen bildete sich unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ein »Weimar-Komplex« heraus, der das Scheitern der ersten Demokratie auf unterschiedliche Weise als Negativfolie nutzte, um politische »Lehren« für den zweiten Versuch daraus zu ziehen. Die beschwörende Formel »Bonn ist nicht Weimar« diente in erster Linie zur Legitimation von Einschränkungen der demokratischen Kultur, während die demokratischen Traditionsressourcen der ersten Republik keine Rolle spielten (11). Eine dieser Einschränkungen erfolgte als stabilitätsorientierte Begrenzung des legitimen politischen Aktionsraums im Namen einer »wehrhaften Demokratie«, die bis heute als Extremismusformel im »System der inneren Sicherheit« nachwirkt. Eine weitere begründete den Vorbehalt gegen Volksabstimmungen und Volksentscheide, die fälschlicherweise als wesentliche Ursache des Weimarer Niedergangs gedeutet wurden.

Diese Grundkonstellation hatte erheblichen Einfluss auf das Demokratiemodell des Grundgesetzes, das vor allem in seinem Organisationsteil der Bürgerschaft – jenseits des Wahlrechts - keinen allzu großen Einfluss zubilligte. Was im Grundgesetz bereits angelegt war (12), verfestigte sich in den 1950er Jahren: Demokratie wurde als »freiheitlich demokratische Grundordnung« zu einem Staatsauftrag, den es durch Organe des Staatsschutzes gegen »innere Feinde«, d.h. auch gegen Teile der eigenen Bevölkerung zu verteidigen galt (13). Die Spuren dieses ordnungspolitisch verkümmerten Demokratieverständnisses wurden auch in der Arbeit der zentralen Institution des antiblebisitären repräsentativen Ideals, dem Parlament, nachgewiesen. Es nahm seine repräsentative Funktion nur sehr eingeschränkt wahr, agierte nach Verfahrensnormen, die für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar waren. Traditionsbestände, die bereits im Kaiserreich ausgebildet wurden, wirkten nach: »Das Gefühl einer Mitbeteiligung an der Politik durch das Parlament ist nur schwach entwickelt, und parlamentarische Aktionen sind nicht dadurch besonders legitimiert, dass sie die Entscheidungen einer repräsentativen Versammlung darstellen. Politik wird immer noch in erster Linie unter dem Aspekt des Verwaltungsaktes gesehen, zu dem Fachwissen und Tüchtigkeit gehören, während die Rolle der Einzel- und Gruppeninteressen sowie der Parteipolitik abgewertet wird« (14).

Die Reduzierung der Demokratie auf eine Herrschaftsform, die zudem von vordemokratischen Traditionsbeständen durchtränkt war, hatte ihre Entsprechung in einer politikfernen Grundorientierung von weiten Teilen der Bevölkerung, die sich überwiegend auf den Wiederaufbau und das materielle Wohlergehen konzentrierte (15). Besonders angelsächsische Beobachter diagnostizierten eine Demokratie, der es überwiegend an den notwendigen demokratischen Einstellungen und am Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger mangle. Ohne eine entfaltete Civic Culture (16) drohe der Bundesrepublik das Schicksal einer »Schönwetterdemokratie«,

die nur solange unterstützt werde, wie die ökonomische Leistungsbilanz stimme. Jürgen Habermas prägte für die dominierenden Orientierungen in der Bevölkerung zu jener Zeit den paradoxen Begriff des »staatsbürgerlichen Privatismus«: man betrachtete den Gang zur Wahl zwar als Bürgerpflicht, aber zusätzliche politische Beteiligung gehörte nicht zum bürgerschaftlichen Tugendkanon jener Tage.

Die Verunsicherung über die demokratische Substanz und Stabilität der Bundesrepublik erhielt in der ersten Hälfte der 1960er Jahre zusätzliche Nahrung. Mit ihrem Godesberger Parteitag Ende 1959 hatte sich die SPD als größte Oppositionspartei im »CDU-Staat« von ihren sozialistischen Traditionsbeständen verabschiedet, unbotmäßige »Genossen« ausgeschlossen und ihren kritischen akademischen Nachwuchs im »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« 1960 mit einem Unvereinbarkeitsbeschluss belegt. Selbst die Teilnahme an den beginnenden »Ostermärschen« wurde mit Ausschluss bedroht. Übrig blieb eine »Opposition ohne Alternative«, wie der Publizist Manfred Friedrich (1962) zunächst noch mit Fragezeichen titelte.

Kritik wurde aus dem parlamentarischen Raum hinaus gedrängt und damit unbeabsichtigt eine wesentliche Voraussetzung für die Herausbildung außerparlamentarischer Oppositionsbewegungen geschaffen. Gleichzeitig verdichteten sich auf dem Wege zur ersten Großen Koalition die Anzeichen für eine autoritäre Rückbildung und Formierung des demokratischen Herrschaftsgefüges – zumindest wurden die Notstandsgesetze von vielen so gesehen. Während sich konservative Vordenker einer »formierten Gesellschaft« (Rüdiger Altmann) das Wort redeten, wurde die Gründung der NPD 1964 als weiteres Indiz für eine »Involution« der fragilen Nachkriegsdemokratie gedeutet.

Zentrale Konflikte, aber auch kleinere Episoden bestätigten die Diagnose einer autoritären Formierung und einer vordemokratischen politischen Alltagskultur. In der »Spiegel-Affäre« von 1962, eigentlich eine Regierungsaffäre und besonders die des Verteidigungsministers Franz-Josef Strauß, fand mit vordemokratischen Begründungen (»Abgrund von Landesverrat«) und willkürlichen Verhaftungen ein Angriff auf die Pressefreiheit statt (17). Im Sommer des gleichen Jahres hatten sich Jugendliche in München als Straßenmusiker betätigt, um etwas südländisches Lebensgefühl an die Isar zu bringen und lösten heftige Polizeiaktionen mit zahlreichen Verhaftungen aus. Aber beide Ereignisse des Jahres 1962 enthielten neben den vordemokratischen Übergriffen der Exekutive auch andere Botschaften. Die Aktionen gegen »Spiegel« führten zu Spontandemonstrationen für die Pressefreiheit und Strauß musste schließlich zurücktreten. Eine demokratische Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Akteure haben sich nicht nur zu Wort gemeldet, sondern sogar durchsetzen können. Die »Schwabinger Krawalle« waren nur die Vorboten einer kulturellen Aufbruchsstimmung unter jungen Menschen, die sich schließlich nicht mehr wegknüppeln ließ.

Diese Lockerungen in der Alltagskultur, die Vielfalt und Toleranz an die Stelle von Ordnung und Disziplin setzen wollte, waren eine wichtige Mitgift für die Entfaltung von Demokratie als Lebensform.

Von einer ähnlichen Ambivalenz ist auch eine Episode aus dem Ostermarsch von 1961 geprägt, dem zweiten in der Bundesrepublik. Angefeindet als Agenten des Ostens und ohne Unterstützung von Großorganisationen beharrte die zunächst noch kleine Schar von Demonstrierenden auf ihrem Versammlungsrecht. Sie konnten die Erfahrung machen, dass politische Freiheitsrechte erst garantiert sind, wenn sie auch genutzt werden. Wie wenig Protest damals zum politisch anerkannten Handlungsrepertoire der Bürgerschaft gezählt wurde, verdeutlicht ein Bescheid des Landratsamtes Obernburg an die Organisatoren des Ostermarschs:

»Im Auftrag des Herrn Landrats bestätige ich Ihre Anmeldung für den sogenannten Ostermarsch gegen Atomwaffen. Soweit die Demonstration durch das Gebiet des Landkreises Obernburg führt, darf nur auf Feldwegen und Landstraßen 3. Ordnung demonstriert werden. Die rechte Straßenseite ist streng einzuhalten und es darf nur in Zweierreihen gegangen werden. Eine Kundgebung auf dem Marktplatz von Obernburg wird nicht genehmigt, weil dadurch am Samstagnachmittag Ruhestörungen und Belästigungen zu erwarten sind. Für Ihre Kundgebung steht Ihnen das Sportgelände direkt am Main zur Verfügung. Da nicht auszuschließen ist, dass bei der Demonstration kommunistische Parolen mitgeführt werden, sind sie verpflichtet, alle Parolen und Flugblatttexte, bevor sie öffentlich zugänglich gemacht werden, meiner Behörde zur Einsicht vorzulegen. Die beantragte Benutzung von Lautsprechern kann nicht genehmigt werden. Sofern Sie auf Ihrer Demonstrationstrecke die Bundesstraße 469 überqueren müssen, hat sich die Demonstration vorher aufzulösen, und die Transparente sind einzurollen« (18).

Es dauerte mehr als 20 Jahre und zahlreiche Proteste bis Straßendemonstrationen nicht mehr als lästige Ruhestörung betrachtet wurden, sondern eine angemessene demokratische Anerkennung erfahren – als ein Stück »ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung und geschäftiger Routine zu bewahren« (19). Die Landratsverfügungen konnte mit ihren Schikanen das schnelle Anwachsen der Ostermärsche in den 1960er Jahren jedenfalls nicht verhindern.

In dieser Gemengelage von vordemokratischen und autoritären Traditionsbeständen, neuen antidemokratischen Formierungen im Herrschaftsgefüge und zivilgesellschaftlichen Aufbrüchen wurde 1963 die Stiftung Mitarbeit gegründet. Ihr Programm war die Förderung der »Demokratie-Entwicklung von unten«: »Nur wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft bereit sind, sich einzumischen und demokratische Verantwortung zu übernehmen, kann Demokratie lebendig werden«, heißt es in einer der vielen Dokumentationen von Bürgerinitiativen und Bürgerengagement (20). Öffentlichkeit herzustellen für die neuen zivilgesellschaftlichen Aufbrüche der Zeit wurde zu einer Kernaufgabe der Stiftung. Lange bevor die Begriffe breite

Anerkennung fanden, präsentierte sie Broschüren, in denen sich lokale, regionale und themenbezogene Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen selbst vorstellen konnten. Aber es blieb nicht bei der publizistischen Unterstützung dessen was ist, sondern Vernetzungsinitiativen, Weiterbildungs- und Beratungsangebote und finanzielle Starthilfen trugen zum Wachstum einer auf Eigeninitiative gegründeten demokratischen Alltagskultur bei, deren Fehlen ausländische Beobachter zu jener Zeit noch beklagt hatten.

2. Soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen als Promotoren demokratischer Entwicklung

»The old social movements were associated with the idea of revolution, the new ones are associated with the idea of democracy.« (21)

Vor allem drei, zuweilen eng miteinander verknüpfte politische Formen trugen und tragen seit den 1960er Jahren dazu bei, Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform in der Bundesrepublik zu stärken: soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie gemeinsames Handeln mit einem hohen Maß an Eigeninitiative und Selbstverantwortung verknüpfen und organisationszentrierte Formen der Unterordnung ablehnen.

Am sichtbarsten sind die auf öffentliche Proteste setzenden *sozialen Bewegungen*, die seit den 1960er Jahren einen deutlichen Aufschwung nehmen (22). Der bereits erwähnte Ostermarsch gilt als erste unabhängige soziale Bewegung, die nicht von den Organisationsleistungen und Erfolgskalkülen von Parteien und Verbänden geprägt war. Bereits in den 1950er Jahren hatte es verschiedene Mobilisierung zu friedenspolitischen Themen gegeben (»Ohne mich«-Kampagne gegen den Wehrdienst, Proteste gegen die Wiederbewaffnung, »Kampf dem Atomtod« etc.), denen diese Eigenständigkeit fehlte. Von sozialen Bewegungen sprechen wir immer dann, wenn Proteste und öffentliche Mobilisierungen eine gewisse Kontinuität gewinnen und eine gemeinsame Agenda entsteht, die tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen verhindern oder befördern soll. Jenseits der großen Themen, die das Zentrum einer Bewegung bilden (Frieden, Frauen bzw. Geschlechterverhältnis, Ökologie etc.), gibt es stets auch weitere »kleinere« Themen. Demokratie ist eines dieser gemeinsamen Themen der sozialen Bewegungen nach dem 2. Weltkrieg. Dies gilt gleich in mehreren Dimensionen:

Soziale Bewegungen gegen den Abbau von Demokratie.

Von Anbeginn ist die Nachkriegsgeschichte durchzogen von Mobilisierungen gegen die Beschneidung von Bürgerrechten und Demokratie durch staatliche Instanzen. Herausragend sind z.B. die Mobilisierungen gegen die Notstandsgesetze, die als »Notstand der Demokratie« angesehen wurden. Widerstand gegen einen Rückbau

der westdeutschen Demokratie ist sicherlich das stärkste Einzelmotiv der Proteste, die mit der Jahreszahl 1968 verbunden werden. Johannes Agnoli und Peter Brückner (1966) hatten in ihrer Zeitdiagnose von der »Transformation der Demokratie«, die zur zentralen intellektuellen Wegzehrung der studentischen Protestbewegungen zählte, von einem Involutionsprozess gesprochen, d.h. von einer Rückbildung der demokratischen Substanz des parlamentarischen Betriebs bereits vor den Zeiten der Großen Koalition. Weniger radikal, aber in die gleiche Richtung wies auch Jürgen Habermas in seiner Analyse des »Strukturwandels der Öffentlichkeit« (1962), wo er eine »Refeudalisierung« der bürgerlichen Öffentlichkeit diagnostizierte – immerhin eine Zentralinstanz liberaler Demokratien. Erfahrungen der Protestbewegungen in den USA, aber auch deutsche Reaktionen auf die Proteste der 1960er Jahre inspirierten eine Debatte über einen drohenden »neuen Faschismus«. Berufsverbote, die Politik der Inneren Sicherheit und die Kritik des Atomstaats waren weitere Themen, die in den 1970er Jahren Sorgen über den Zustand der deutschen Demokratie auslösten. Man mag einige dieser Sorgen – vor allem rückblickend – für überzogen halten. Immerhin haben sehr viele Protestierende und Akteure in sozialen Bewegungen ein demokratisches Wächteramt wahrgenommen und dabei aktiven Demokratie- und Verfassungsschutz betrieben.

Soziale Bewegungen als Quelle einer Civic Culture.

Auf der Ebene des politischen Interesses und der konventionellen wie unkonventionellen politischen Beteiligung sind soziale Bewegungen Ausdruck einer aktiven Bürgerschaft, die von den vorhandenen demokratischen Handlungsmöglichkeiten Gebrauch macht. Diese Funktion, zu einer »civic culture«, einer demokratischen Bürgerkultur, beizutragen, wird vor allem als Verdienst der sozialen Bewegungen der ersten beiden Jahrzehnte, insbesondere der Mobilisierungen der Außerparlamentarischen Opposition gesehen. Gerade ausländische Beobachter haben diese demokratisch gestimmten Protestbewegungen immer wieder als Ausdruck einer gelungenen Rückkehr Westdeutschlands in den Kreis der stabilen, weil durch eine aktive Bürgerschaft getragenen, westlichen Demokratien interpretiert (23).

Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Was sich den 1960er Jahren bereits – z.B. in der Forderung nach demokratisch verfassten Hochschulen oder innerer Pressefreiheit – ankündigte, verdichtete sich in den 1970er Jahren zu einem Programm der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Demokratische Teilhabe- und Gestaltungsregeln sollten über die enge Sphäre des Politischen hinaus zum gesellschaftlichen Strukturprinzip werden. Dies gilt zunächst für alle Einrichtungen entlang des Lebenslaufs und der sie tragenden Institutionen: Familien, Eltern/Kind-Beziehungen, Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Betriebe und Verwaltungen, Kirchen, Vereine, Krankenhäuser, Altenheime usw. Ein verändertes Selbstverständnis professioneller Berufe sollte diesen Forderungen entgegen kommen, ihnen zuarbeiten. Mit den Hospiz-Initiativen wurde in den 1990er Jahren sogar das Sterben von diesem Gestaltungsanspruch

erreicht. Auch wenn dieser demokratische Impuls anhält, gibt es auch der Rückschritte in Sachen Demokratie zu vermeiden. Nicht nur in den zunächst intensiv herausgeforderten Kernbereichen, den Schulen und Hochschulen, dürfte die demokratische Bilanz eher durchwachsen ausfallen.

Entgrenzung von Politik.

Eng verwandt mit den gesellschaftlichen Demokratisierungsimpulsen sind die bewegten Anstrengungen, die Sphären bewusster politischer Gestaltung in Bereiche auszuweiten, die zuvor als »unpolitisch« und »natürlich« galten. Dies gilt zuerst für das soziale *Naturverhältnis* selbst, das mit der Ökologiebewegung in vielfacher Hinsicht »politisiert« wurde. Die heutige Themenfülle der politischen Ökologie braucht hier nicht demonstriert zu werden.

Diese Politisierung des Naturverhältnisses ist freilich weniger einer allgemeinen Debattierlust und gewachsenen politischen Ansprüchen zu danken, sondern sehr viel stärker ein Ergebnis von wahrgenommenen Gefahren und Risiken. Es gehört zu den markanten Leistungen sozialer Bewegungen seit den 1970er Jahren, die Politisierung des *Technikverständnisses* vorangebracht zu haben. Neue Techniken, wie z.B. aktuell das »Fracking« werden nicht mehr unbesehen als Fortschritt gefeiert, sondern auch nach ihren möglichen negativen Folgen befragt. Dass die neue Frauenbewegung die politischen Dimensionen des *Geschlechterverhältnisses* in vielfältiger Weise freigelegt und einer kritischen Inspektion unterzogen hat, bedarf ebenfalls keiner besonderen Betonung mehr.

Erneuerung und Vertiefung liberaler Demokratie.

Die benannten demokratischen Impulse waren und sind von der Suche nach angemessenen politischen Formen begleitet. Aktive Bürgerschaft wird aber auch in den eher traditionellen Formen freiwilligen Engagements eingeklagt. Die Möglichkeit, wenigstens im Kleinen Gesellschaft mitgestalten zu können, gehört zu den stärksten Motiven bürgerschaftlichen Engagements (24). Vor allem auf kommunaler Ebene ist dieser Impuls in den 1970er Jahren und verstärkt nach der deutsch-deutschen Vereinigung aufgenommen worden. Waren es zunächst vor allem freiwillige Beteiligungsangebote (Bürgerforen, Planungszellen, Bürgerbeauftragte, Senioren- und Ausländervertretungen etc.), so wurden in den 1990er Jahren die direkt-demokratischen Formen der süddeutschen Ratsverfassung (Direktwahl und Abwahl der Bürgermeister, Sachvoten durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, offene Parteilisten durch Kumulieren und Panaschieren) in unterschiedlicher Qualität in alle Gemeinde- und Kreisordnungen der Länder aufgenommen. Zahlreiche Kommunen experimentieren mit Kinder- und Jugendbeiräten, Ausländer- oder Integrationsräten, Seniorenvertretungen, um bestimmte Einwohnergruppen gezielt zu beteiligen. Eine umfassende Antwort auf die Ansprüche einer aktiven Bürgerschaft wird im Leitbild »Bürgerkommune« versucht, das u.a. eine partizipatorische Haushaltsplanung und regelmäßige lokale

Demokratiebilanzen einschließt (25) – ein Leitbild, dem sich allerdings bislang nur eine kleine Minderheit von Gemeinden und Städten verpflichtet weiß.

Auf kommunaler Ebene agiert auch die große Mehrzahl der *Bürgerinitiativen*. Die Sache selbst ist alt. Bürgerinnen und Bürger tun sich angesichts aktueller Herausforderungen zusammen, um gemeinsam eine Lösung zu finden oder öffentliche Vorhaben zu fordern, zu korrigieren bzw. zu verhindern. Grundlage von Bürgerinitiativen ist ein konkretes gemeinsames Interesse einer Gruppe von Betroffenen. Sie agieren in der Regel quer zu parteipolitischen oder ideologischen Bindungen und nutzen dabei ein breites, überwiegend moderates Handlungsrepertoire, zu dem aber auch Protest gehören kann. Der Begriff Bürgerinitiative als Bezeichnung für eine kollektive Handlungsform hat sich erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre durchgesetzt. Zuvor war von Bürgerinitiative eher mit Blick auf den einzelnen Initiativbürger die Rede. Er machte schnell Karriere, weil Bürgerinitiativen einerseits den Schwung der außerparlamentarischen Mobilisierungen im Sinne von Eigeninitiative aufgenommen haben, andererseits als deren »bürgerlich-moderate« Gegenspieler begrüßt wurden, die sich um ein konstruktives und kooperatives Verhältnis zu Politik und Verwaltung bemühten. Nicht um eine andere Gesellschaft, sondern um praktische Alternativen geht es in Bürgerinitiativen.

Das breite Spektrum der aufgegriffenen Themen wird in den ersten Veröffentlichungen der Stiftung Mitarbeit in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ebenso deutlich wie in einer Anfang der 1970er Jahre erschienen Aufsatzsammlung (26). Die Aktion »Kleine Klasse« wollte die schulische Situation ihrer Kinder verbessern, während es der Aktion »Kind im Krankenhaus« um das Recht der Eltern ging bei ihren kranken Kindern im Krankenhaus übernachten zu können, während die Frankfurter Aktionsgemeinschaft Westend (AGW) sich für den Erhalt der Reste eines bürgerlichen Wohnviertels einsetzte, das unter Tertiarisierungsdruck geraten war, weil sich das angrenzende Bankenviertel ausdehnen wollte. Dass auch ein Hausbesetzerprojekt aus dem gleichen Viertel in den Band aufgenommen worden war, verdeutlicht, wie fließend die Übergänge zu radikaleren Protestgruppen und -formen fließend damals waren.

Die Beispiele machen deutlich, dass es überwiegend um Forderungen mit begrenzter Reichweite ging. Bemüht wurden dabei sachlich gestimmte Kritik und Alternativvorschläge, die sich im Rahmen des Machbaren bewegen sollten. In ihnen kommt ein gestärktes Kompetenzbewusstsein zum Ausdruck, dass die eigenen Interessen auch gegen Verwaltung und Politik geltend macht. Dass Bürgerinitiativen für die Beteiligten zu besonderen Lernorten werden, ist vielfach beschrieben und hervorgehoben worden (27). Vom Widerspruch und dem Gang in die Öffentlichkeit geht ein enormer Lerndruck aus, um im öffentlichen Streit mit den besseren Argumenten punkten zu können. Gleichzeitig sieht sich das »bornierte« Anfangsinteresse dem Zwang ausgesetzt, in der Gemeinwohldebatte bestehen zu können. Dies ist zumeist nicht ohne Abstriche möglich.

Auch wenn zahlreiche Bürgerinitiativen kommen und gehen, wenn ihr Anliegen erfüllt oder aussichtslos geworden ist, setzte sehr früh ein Trend zu regionalen und überregionalen, oft themenspezifischen Zusammenschlüssen ein. Austausch und wechselseitige Unterstützung in der Entwicklung einer eigenen Agenda erschienen hilfreich. Hier lag auch eines der ersten praktischen Arbeitsfelder der Stiftung Mitarbeit. Der erste bundesweite Zusammenschluss erfolgte 1967 als »Bundesvereinigung gegen Fluglärm«, in der sich neben Betroffeneninitiativen auch belastete Kommunen engagierten. 1972 erfolgte die Gründung des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). In den 1970er Jahren wuchs die Zahl der Bürgerinitiativen so schnell an, dass von einer »Bürgerinitiativbewegung« (28) die Rede war.

In repräsentativen Befragungen stieg die Zahl derer, die bereits einmal in einer Bürgerinitiative engagiert waren, von 6,7 Prozent (1980) auf 14,1 Prozent (1989) (29). Mit diesem Wachstumsprozess verstärkte sich die auch die politische Gegnerschaft. In Zeiten schwacher Konjunktur galten Bürgerinitiativen als Ursache für einen Wachstum bremsenden Investitionsstau, konservative Staatsrechtler sprachen gar von »Initiativkriminalität«, weil sich kleine Gruppen etwas anmaßen, was alleine dem Staate vorbehalten sei sollte. In dieser Frontstellung beteiligten sich viele Akteure aus Bürgerinitiativen an Aktionen der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung. Die Gründung der Partei »Die Grünen« (1979/1980) war eine weitere Form, in der die Motive von Bürgerinitiativen auf Dauer gestellt und verallgemeinert wurden.

Seit dem Konflikt um Stuttgart 21, der Energie-Wende und den zahlreichen Bürgerinitiativen, die sich gegen neue bzw. erweiternde Flughafenprojekte (Berlin, München etc.) gebildet haben, erfahren Bürgerinitiativen wieder verstärkte Aufmerksamkeit. In der Zwischenzeit sind sie so sehr zum politischen Alltag der alten und auch der neuen Bundesrepublik geworden, dass ihnen nur noch wenig Beachtung geschenkt worden war. Es ist schwer, einen gemeinsamen Nenner für die vielfältigen Bürgerinitiativen zu finden. Oft sind sie auf beiden Seiten der Barrikaden zu finden (z.B. für und gegen weitere Windräder). Bürgerinitiativen haben zur Herausbildung von sozialen Bewegungen genauso beigetragen wie zur Formierung neuer Parteien. Unstrittig dürfte jedoch ihr Beitrag zu einer lebendigen Demokratie neben und unterhalb repräsentativer Politik sein.

Dies gilt in ähnlicher Weise für die vielen *Selbsthilfegruppen*, die sich im gleichen Zeitraum gebildet haben. Solche Initiativen finden sich in zahlreichen Handlungsfeldern (30). Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich erfahren inzwischen öffentliche Förderung und professionelle Anerkennung. Immer wieder hat es Selbsthilfeprojekte von Arbeitslosen ergeben. Einige von ihnen haben sich längst als Genossenschaften oder »normale« Kleinbetriebe etabliert, wie viele Projekte der »Alternativbewegung« in den 1970er/1980er Jahre. Wie bei Bürgerinitiativen spielen auch für das Engagement in Selbsthilfegruppen eigene Betroffenheiten eine starke Rolle. Aber mehr noch als in Bürgerinitiativen geht es um praktische gegenseitige Hilfe in der Gruppe oder Einrich-

tung selbst. Selbsthilfegruppen artikulieren nicht nur ein Problem, sondern verstehen sich selbst als Beitrag zu seiner Lösung. »Wissen ist Macht. Eigenständig durch Selbsthilfe in Gruppen« (31) lautet der programmatische Titel einer Aufsatzsammlung über Selbsthilfe, der die Selbstaufklärung in den Mittelpunkt rückt. Seit Selbsthilfegruppen zu einem selbstverständlichen Teil von Therapieketten geworden sind, über die Ärzte und Krankenhäuser informieren, lässt sich die politische Provokation nur noch ahnen, die einmal von ihnen ausging. Sie haben professionell bestimmte und institutionell geprägte, als fremdbestimmt erlebte Handlungsfelder aufgebrochen und die Perspektive der Patienten, Konsumenten und Beschäftigten gestärkt. Ihre demokratiepolitische Botschaft liegt in einer Antwortvielfalt auf biografische Herausforderungen, die durch Initiativen von Betroffenen hervorgebracht wurden und in einzelnen Feldern noch immer werden.

Kulturelle Codes – von der Art, wie Kinder heute geboren werden, bis zur letzten Lebensphase – sind heute vielfältiger und lassen Wahlmöglichkeiten zu. Hervorgebracht und praktiziert werden sie vor allem in Selbsthilfegruppen, aber ihre Impulse haben oftmals auch das institutionelle Angebot erweitert, wie am Beispiel des Themas Hospiz deutlich wird. Sie haben die Chance auf Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit auch in schwierigen Lebenslagen bekräftigt. Mit der Aufwertung und Aktivierung von Betroffenen ist Demokratie als Lebensform in Bereichen eingezogen, die lange Zeit als Domänen professioneller Fremdbestimmung verteidigt wurden. Die Übergänge von der Selbsthilfe zum bürgerschaftlichen Engagement, das praktische Solidarität übt, ohne eigene Betroffenheit vorauszusetzen sind fließend (32).

Die Stiftung Mitarbeit hat sehr früh das Politikum der Selbsthilfe erkannt und deren Förderung durch Vernetzung und andere Formen der Unterstützung betrieben. Lange bevor lokale Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen eingerichtet worden sind, hat sie sich solchen lokalen Vermittlungsaufgaben gewidmet.

3. Neue Konstellationen im vereinten Deutschland

Die skizzierten Terraingewinne in Sachen demokratische Lebens- und Gesellschaftsformen sind auch nach der Vereinigung wirksam. Teilweise sind sie selbstverständlich geworden und wurden nach der Vereinigung – wie vieles andere – auf die neuen Bundesländer »erstreckt« (wie z.B. die Einrichtung von Selbsthilfekontaktstellen oder Frauenhäuser), oftmals jedoch ohne dass ihre bewegten Ursprünge sichtbar geblieben sind. Auf drei demokratiepolitisch bedeutsame Entwicklungen im vereinten Deutschland sei hier in knapper Form verwiesen.

- Das Erbe der friedlichen Revolution und die *bürgerbewegten Aufbrüche* am Ende der DDR haben sich als vergleichsweise schwach und ohne nachhaltige Prägekraft erwiesen. Der Schwung der Wende und zahlreiche praktischen Ansätze (»runde Tische«, neue Formen konsensorientierter Politik) hatten zunächst weitreichende Hoffnungen genährt (33). Ein verfassungsgebender Prozess sollte die Demokratie des neuen Deutschlands begründen. Die Bürgerbewegungen der DDR und der Wende-Zeit waren mit ihrer bürgerrechtlich-demokratischen Ausrichtung als unerwarteter Glücksfall in der deutsch-deutschen Vereinigung

betrachtet worden. Auch wenn seither spezifische Schwächen der ostdeutschen politischen Kultur deutlicher hervorgetreten sind, kann diese genuin demokratische Mitgift kaum überschätzt werden. Am Schicksal prominenter Bürgerbewegter, die sich inzwischen in allen Bundestagsparteien betätigen, wird allerdings deutlich, wie wenig eigenständige Gestaltungskraft von ihnen ausgegangen ist. Sichtbarer ist dagegen die sozialistische Erblast einer vergleichsweise schwachen Zivilgesellschaft, die auch zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung deutlich organisations- und aktionsschwächer ist, als das westliche Pendant.

- Mit dem Zerfall des Ostblocks beschleunigten sich ökonomische, kulturelle und soziale Globalisierungsprozesse. Wir leben heute in vielerlei Hinsicht in einer postnationalen Konstellation. Der Anteil der Migranten in Deutschland ist dafür ebenso ein Beleg wie das starke Gewicht, das heute europäischen und internationalen Entwicklungen in der deutschen Politik zukommt. Diesen Prozessen fehlt es überwiegend an einer demokratischen politischen Verfassung, die Entfaltung *transnationaler Demokratie* ist angesichts zahlreicher globaler Herausforderungen zu einer Überlebensfrage geworden. Ihre aktuelle Zuspitzung hat sie in den ökonomischen Krisenprozessen und politischen Bewältigungsversuchen innerhalb der Europäischen Union nach 2008 erfahren. Wir stecken mitten darin, ohne zu wissen, ob es gelingen kann, die EU demokratisch zu vertiefen und einen transnationalen Rahmen zu entwickeln, der lokaler und nationaler Demokratie auch in »schwächeren« Ländern eine Chance gibt. Nur wenn solche Einbettungen gelingen, wird es möglich sein, die im nationalen erreichten demokratischen Gestaltungschancen auch zu erhalten und weiter zu entwickeln (34). Es fehlt nicht an globalisierungskritischen Bewegungen und Initiativen, die sich diese Aufgabe gestellt haben. Weltsozialforen haben erste Impulse für eine »globale Demokratie« gegeben.

Wie eine »postnational« verfasste Demokratie aussehen könnte, die den Herausforderungen genüge, lässt sich gegenwärtig nicht in ein prägnantes und übersichtliches Bild fassen. Neben der Suche nach territorialen und funktionalen Neubestimmungen gibt es eine große Aufmerksamkeit für eine angemessene Kombination von assoziativen, deliberativen, direkt-demokratischen und repräsentativen Politikformen, die ein Mehr an Demokratie und verbesserte demokratische Entscheidungsqualität versprechen (35).

- Vor diesem Hintergrund ist auch der Aufschwung antidemokratischer Bewegungen in vielen Ländern Europas und den USA zu sehen (36). Sie machen sich mit zum Teil beachtlicher politischer Unterstützung für die nationale Schließung ihrer Länder stark. Der Kampf gegen Migranten und Fremde gehört zu den zentralen Aktivitäten dieser rechtspopulistischen Gruppierungen und rechtsradikalen Bewegungen, die an Stärke noch gewinnen dürften, wenn es nicht gelingt, die negativen Globalisierungsfolgen für größere Teile der Bevölkerung zu begrenzen. Neu ist, dass es nicht nur – wie über weite Strecken in den letzten fünf Jahrzehnten – demokratisch gestimmte Bewegungen gibt, sondern in den letzten Jahrzehnten auch antidemokratische Mobilisierungen in einem nennenswerten Ausmaß auftreten.

III. Aktuelle demokratiepolitische Herausforderungen

Zu den benannten Herausforderungen gehört auch eine ambivalente aktuelle Konstellation, in der sich Hinweise auf eine Stärkung wie auf eine Aushöhlung der gesellschaftlichen Grundlagen von Demokratie benennen lassen. Letztere werden in jüngerer Zeit unter dem Stichwort »Postdemokratie« (37) debattiert. Dazu zählen u.a. die im Zeichen neoliberaler Politik weltweit zu beobachtende Schrumpfung des politischen Raums, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und die Ausdehnung von betriebswirtschaftlichen Orientierungen im öffentlichen Sektor, die populistische Inszenierung von Politik durch große Medienkonzerne an Stelle von realer politischer Beteiligung, die wachsende Bedeutung des »Großen Geldes« in der Parteienkonkurrenz und vor allem in der Finanzierung von Wahlkämpfen. Diese und andere Entwicklungen haben zu einem Funktionswandel der klassischen politischen Vermittlungsinstanzen (Parteien, Verbände, Gewerkschaften etc.) beigetragen. Auf der Kostenseite lässt sich eine steigende Parteienverdrossenheit beobachten. Anders als noch zu Beginn der 1970er Jahre haben zuletzt die etablierten politischen Institutionen nicht mehr von den demokratischen Aufbrüchen der Bürgergesellschaft profitieren können (38).

Gleichzeitig scheinen die gesellschaftlichen Potentiale demokratischer Beteiligung eher stärker zu werden. Eine prominente Politikwissenschaftlerin spricht in einer international vergleichenden Studie gar von einem »demokratischen Phönix« (39). Die Klage über Krisen sollte die neu entstandenen Formen der Beteiligung und die wachsende Bereitschaft in der Bevölkerung, sie auch zu nutzen, nicht übersehen. Politisches Interesse, Engagement in Initiativen und sozialen Bewegungen – bürgerschaftliches Engagement insgesamt – haben eher zugenommen als abgenommen. Zum Gesamtbild gehört auch eine Vielfalt von Suchbewegungen, die eine Qualitätssteigerung der demokratischen Prozesse anstreben. Dies gilt z.B. für den Ausbau direktdemokratischer Verfahren auf allen Ebenen der Staatsorganisation, der keineswegs abgeschlossen ist. Das Streben nach mehr Deliberation und Partizipation, im Sinne rationaler, argumentativ begründeter Entscheidungsfindung, ist ebenfalls in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu spüren. Bürgerkommune, Bürgerhaushalt, Demokratie-Bilanz, Demokratie-Audit, die verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Wahlalterabsenkung bis zur Ausgestaltung von Beteiligungsrechten in Schulen und Gemeinden), die politischen Mitwirkungsrechte von Zuwanderern aus Drittstaaten sind einige Stichworte dieser Bewegung in Richtung »mehr Demokratie wagen«.

Es gehört zu den positiven Effekten gegenwärtiger Globalisierungsprozesse, dass demokratiefördernde Instrumente und Formen leicht den Weg über die nationalen Grenzen finden. Nicht selten liegen die Ursprungsorte im globalen Süden, wie z.B. bei der partizipativen Haushaltsplanung oder den Sozialforen. Weltweit werden heute zwischen 60 und 100 demokratische Erfindungen beschrieben, die einen deutlichen Schwerpunkt bei deliberativen Verfahren und Konsultationen haben (40). Noch viel zu vereinzelt wird auch in der Bundesrepublik von diesen Instrumentarien Gebrauch gemacht. Eindrucksvoll sind z.B. der Großversuch in Rheinland-Pfalz,

eine Kommunal- und Verwaltungsreform auf Bürgerbeteiligung zu stützen, oder die Konversionsplanung in Mannheim, die intensiv aufsuchende Formen der Bürgerbeteiligung nutzt, um auch den schwächeren Gruppen der Stadtbevölkerung Beteiligungschancen zu eröffnen.

Auch wer sich einzelne Krisendiagnosen (41), Potentialbeschreibungen oder Instrumente nicht zu eigen macht, dürfte durch das Argument zu gewinnen sein, dass in Sachen Demokratie heute mehr möglich ist. Die Rede ist von einer »Intensivierung«, »Stärkung« bzw. »Vertiefung« der Demokratie, die mit unterschiedlichen Begründungen, Anregungen und Perspektiven gefordert wird. Die oft vorgebrachte Sorge, dass eine solche Demokratiedebatte die Substanz repräsentativer Demokratie bedrohen könne, ist unbegründet. Es geht um ihre Stärkung und Entlastung von überbordenden Erwartungen. Bereits heute haben wir es im Alltag mit einer Mischung vielfältiger demokratischer Formen zu tun, die erst in ihrer Kombination wirksam werden. Verschiedene Gesetze und Vorhaben haben das demokratische Gefüge bereits in den letzten Jahrzehnten verändert, z.B. Referenden auf kommunaler Ebene oder die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement auf allen föderalen Ebenen.

Gerade die Qualität der Repräsentation und die Verantwortlichkeit der Regierenden stehen seit den Mobilisierungen der »Mutbürger« mehr denn je in Frage. Was zu ihrer Verbesserung beitragen könnte, verlangt besonders gründliche Überlegungen, weil wir uns unter heutigen Bedingungen kein demokratisches Gefüge vorstellen können, das auf starke Elemente von Repräsentation verzichten könnte.

Die bislang gesammelten Erfahrungen mit Bürgerhaushalten, Bürger/innen-Räten und anderen Beteiligungsformen verweisen auf schwierige Konstruktionsaufgaben, die noch auf dem Wege zur Bürgerdemokratie zu bewältigen sind. Sie stellen sich erst, wenn dem wohlfeilen Bekenntnis zu mehr Beteiligung auch konkrete Schritte folgen. Einige wenige Fallstricke und Aufgaben sollen benannt werden:

Demokratisierung der Ohnmacht/Mehrebenenproblematik.

Mit guten Gründen konzentrieren sich das Engagementinteresse und die Beteiligungswünsche vorwiegend auf die kommunale und die Landesebene. Dort gibt es auch die größten Zugewinne an Beteiligungsangeboten. Bund, Europäische Union und internationale Organisationen werden zumeist als außerhalb der Reichweite direkter Beteiligung wahrgenommen. Gleichzeitig wachsen aber deren Bedeutung und ihr Durchgriff auf die unteren Ebenen. Wie lässt sich eine Demokratisierung der Machtlosigkeit vermeiden? Eine Antwort wird sicherlich in der Stärkung der kommunalen Ebene liegen. Gefordert ist auch ein Rückbau der »Politikverflechtungsfallen«, die bei Beteiligungsansprüchen im Zusammenhang mit großen Infrastrukturprojekten zumeist zuschnappen (s. Stuttgart 21), wenn Stadt, Land, Bund und womöglich die EU gemeinsam Projekte vorantreiben und Beteiligung durch den Verweis auf die jeweils anderen Ebenen blockieren können.

Schrumpfen des öffentlichen Raumes.

Bürgerdemokratie ist darauf angewiesen, dass es öffentlich gestaltbare Räume und Institutionen gibt. Hier liegt eine besondere Herausforderung der erheblich vorangeschrittenen marktradikalen Umbauprozesse von vormals öffentlichen Einrichtungen und Gütern. Einige Kommunen bemühen sich heute um eine Rekommunalisierung privatisierter Einrichtungen, um wieder einen öffentlichen Zugriff zu haben. Besonders die Erfahrungen mit öffentlich-privaten Partnerschaften (Public Private Partnerships), dem Verkauf mit anschließendem Leasen von öffentlichen Einrichtungen (Cross Border Leasing) oder mit öffentlichen Unternehmen haben in jüngster Zeit eine Fülle von Protesten ausgelöst, weil sie wichtige Bereiche öffentlicher Infrastruktur partizipativer Gestaltung entziehen.

Politische Ungleichheit.

Mit der Ausweitung von anspruchsvollen Beteiligungsmöglichkeiten wächst nach allen Erfahrungen zunächst die politische Ungleichheit. Beteiligung ist naturwüchsig keine »Waffe der Schwachen«, sondern eine »Waffe der Starken«. Besser gebildete und ressourcenstarke Bevölkerungsgruppen werden zusätzlich privilegiert, wenn nicht gegengesteuert wird. Die gezielte Förderung partizipationsferner Gruppen und eine repräsentative Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern bei deliberativen und konsultativen Angeboten (von den Planungszellen über Bürgerpanels bis zu Bürger/innen-Räten) sind mögliche Antworten. Wichtig ist auch der sozialräumliche Zuschnitt von Beteiligungsangeboten.

Beteiligung als Nischen- und Symbolpolitik.

Solange der politische Prozess maßgeblich von Vertretungsorganen, Regierungen und Verwaltungen, aber auch von Interessenverbänden und Medienunternehmen geprägt wird, droht punktuellen Beteiligungs- und Engagementangeboten eine frustrierende Nischenexistenz. Gerade langwierige Beteiligungsprozesse bieten eine Fülle von manipulativen Einflussnahmen. Es braucht nicht nur eine halbwegs funktionierende Öffentlichkeit, aber auch starke Bürgerrechte (z.B. niedrige Schwellen für Bürgerentscheide), um hier Gegengewichte aufzubauen. Sonst droht die Spielwiese.

Nicht alles passt zusammen.

Viele Ängste vor einem Machtverlust durch mehr direkte Bürgerbeteiligung, die in parlamentarischen Vertretungen und Parteien geäußert werden, sind sicherlich unbegründet. Direkte und repräsentative Formen von Demokratie können sich wechselseitig stärken. Aber sie können sich auch blockieren. Welche Kombinatorik von repräsentativen, assoziativen, deliberativen und direktdemokratischen Demokratieformen ist eigentlich nötig und sinnvoll, um den gewünschten demokratischen Mehrwert verstärkter Beteiligung zu erzielen? Wie können

Blockaden und negative Rückwirkungen durch parallele Formen demokratischer Einflussnahme vermieden werden?

Im Rückblick zeigt sich, dass die Stiftung Mitarbeit auf die richtigen »Pferde« gesetzt hat (Selbstorganisation, Bürgerinitiative, Selbsthilfe, Vernetzung, Bürgerbeteiligung etc.) und die Prozesse in Richtung Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform unterstützen konnte. Neben einem kräftigen Weiter-so in Richtung Alltagsdemokratie gilt es verstärkt Demokratie als Herrschaftsform zu renovieren. Trotz aller Fortschritte, Demokratie als Lebensform auszubreiten, waren Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und soziale Bewegungen nur sehr begrenzt erfolgreich, wenn es um institutionelle Reformen ging (42). Die aktuelle Beteiligungsdebatte könnte dies verändern, wenn es gelingt, durch institutionelle Beteiligungsgarantien Abschied von der »demokratischen Elitenherrschaft« zu nehmen. Hilfreich werden dabei folgende Ansätze politischer Bildung und Beteiligung sein:

Beteiligung als Grunderfahrung.

Beteiligung will gelernt sein und verlangt Selbstwirksamkeitserfahrungen. Eine beteiligungsfreundliche Alltagskultur in Familien, Schulen, Kommunen, Sportvereinen kann dabei hilfreich sein. Hier liegen der besondere Wert und die Chance von Kinder- und Jugendbeteiligung. Befragungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es eine provozierend große Kluft zwischen der grundsätzlichen Beteiligungsbereitschaft von Kindern und Jugendlichen einerseits und den Beteiligungsangeboten in Schulen und Gemeinden gibt. Immerhin erlebt heute die überwiegende Mehrzahl der jungen Menschen ihre Familien als beteiligungsfreundlich. Zu den motivierenden Erfahrungen sollte auch gehören, dass Engagement und Beteiligung zusammengehören (43).

Mehr Alltagsdemokratie.

Beteiligung sollte nicht nur für wichtige Ausnahmen zugestanden sein, sondern das Alltagsleben prägen (44). Die Geschichte der neueren Selbsthilfe- und Protestbewegungen ist voll von Initiativen, in denen es darum geht, Institutionen, die unser Leben »programmieren« für Alternativen und Gestaltungsmöglichkeiten zu öffnen. Dies gilt für die medizinische Versorgung ebenso, wie für die Art zu sterben, auf die nicht zuletzt die Hospizbewegung Einfluss nehmen konnte. Es sind diese kulturellen Selbstverständlichkeiten, etwa der Umgang zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften, in denen auch politische Brisanz steckt. Demokratische Aushandlungsprozesse können erheblich zur Zivilität beitragen, wenn es Institutionen gelernt haben, davon einen vernünftigen Gebrauch zu machen.

Großprojekte nur mit intensiver Beteiligung.

Nicht erst der Großkonflikt um Stuttgart 21 hat deutlich gemacht: mit der Zahl der Betroffenen und der Eingriffstiefe des Vorhabens steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Widerspruch und Blockaden kommt. Beteiligungsprozesse sind politisch klug und unabdingbar. Über die Standards solcher Verfahren wissen wir einiges.

Sie müssen frühzeitig eingesetzt werden, sie brauchen Transparenz und eine verständliche, bürgerfreundliche Aufbereitung. Eine unabhängige Moderation steigert die Qualität und die Akzeptanz der Ergebnisse. Schließlich sind Beteiligungsprozesse sinnlos, wenn keine Alternativen ins Spiel gebracht werden können. Anders als in den vorhandenen Informationsfreiheitsgesetzen, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen einen höheren Rang zubilligen, muss dabei das Transparenzgebot auch für Private gelten, die sich für öffentliche Aufträge bewerben. Was ein Großprojekt darstellt, ist notwendig relativ. Nach Ortsgrößen gestufte Auftragssummen können dafür sorgen, dass ab einer bestimmten Größe Beteiligung obligatorisch gemacht wird.

Eingreifende, »große« Reformen erfordern Beteiligung.

Der Protestherbst von 2004 gegen die Hartz IV-Gesetzgebung, an dem sich mehrere hunderttausend Menschen zum Teil über mehrere Wochen beteiligt haben, die zahlreichen Bildungsreformen ohne Schüler und Eltern, die mit dem Namen Bologna verbundenen Hochschulreformen ohne die Beteiligung von Studierenden und Selbstverwaltungsgremien sollten ausreichen, um die eine Einsicht wachsen zu lassen: Große, tiefgreifende Reformen können heute ohne breite Beteiligung nicht gelingen – oder ihre Resultate sind so ungenügend, dass die Betroffenen protestierend Korrekturen einfordern (s. Hochschulproteste gegen die Umsetzung des Bologna-Leitbilds).

Ein attraktives Leitbild engagierter Bürgerschaft.

Für Beteiligung und Engagement brauchen Bürgerinnen und Bürger ein realistisches und attraktives Leitbild. Auch wenn die Zahl derer, die gefragt, beteiligt und engagiert sein will, deutlich zugenommen hat, sind es keineswegs alle, oft nicht einmal Mehrheiten, die sich für die Anforderungen aktiver Bürgerschaft erwärmen lassen. Selbst die Aktivsten wollen in der Regel nicht zu nimmermüden Partizipationsprofis werden, die sich zu allem und jedem einmischen. Gefragt sind Institutionen, die sich bei Bedarf und auf Anfrage – vor allem bei zentralen politischen Weichenstellungen - für Beteiligung öffnen und »stand-by citizen« (45) als Aktivbürger/innen willkommen heißen.

Anmerkungen

(1) Bohmann 2007.

(2) Ober 2008.

(3) vgl. Senghaas 2003: 19.

(4) Wichtige Hinweise auf zentrale Qualitätsdimensionen von Demokratien hat die Gruppe IDEA entwickelt – vgl. Beetham u.a. 2008; Landman 2008.

(5) Negt 2010: 13.

(6) vgl. Himmelmann 2006.

(7) vgl. Roth 2004.

(8) Negt 2010: 13.

(9) US-Hochkommissar für Deutschland John Mc Cloy 1949, zitiert nach Hutter/Tessmer 1997: 20.

(10) Schäfer 1968: 123.

(11) Ullrich 2009.

(12) In der prägnanten Sprache des progressiven Verfassungsjuristen Helmut Ridder: »Im Grundgesetz steckt zwar ein anti-demokratischer Wurm, aber das Grundgesetz ist nicht die normative Behausung, Rüstkammer und Zitadelle des Antidemokratismus« (Ridder 1984: 1427).

(13) vgl. Ridder 1975.

(14) Loewenberg 1969: 509.

(15) Die 1950er Jahre erfahren inzwischen kontroverse Bewertungen. Holtmann (2013) sieht im Privatismus jener Zeit die Quelle einer »versteckten Demokratisierung«, weil das individualisierende Arbeits- und Konsummodell der Nachkriegszeit jene Individualisierungsschübe auslöste, die zur Grundlage der »partizipatorischen Revolution« der Folgejahrzehnte wurden. Diese retrospektive Deutung ändert jedoch nichts an den zeitgenössischen Befunden und Befürchtungen.

(16) Almond/Verba 1963.

(17) Grosser/Seifert 1966.

(18) Originalverfügung, Archiv Klaus Vack.

(19) Hesse 1984: 157.

(20) Sippel 1994: 141.

(21) Alain Touraine 1992: 143.

(22) Zu den Details einzelner Bewegungen und zu Nachweisen vgl. Roth/Rucht (2008). Dort wird auch ein ausführlicher Überblick zur Bewegungsgeschichte nach 1945 geboten. In den nachfolgenden Passagen über die demokratischen Impulse sozialer Bewegungen wird in bearbeiteter Form auf eine gemeinsame Arbeit mit Dieter Rucht zurückgegriffen (Rucht/Roth 2008: 663ff.).

(23) Conradt 1980; Koopmans 1995.

(24) vgl. Gensicke u.a. 2005.

(25) vgl. Roth 2006.

(26) Grossmann 1971.

(27) vgl. Armbruster 1979.

(28) Mayer-Tasch 1976.

(29) Empirische Nachweise und vertiefende Darstellungen finden sich bei Roth (1998).

(30) vgl. Runge/Vilmar 1988.

(31) Trojan 1986.

(32) zur Engagementpolitik s. den Beitrag von Ansgar Klein in dieser Ausgabe.

(33) Sippel 1994.

(34) della Porta 2013.

(35) vgl. Bohman 2007.

(36) vgl. Kriesi u.a. 2008.

(37) vgl. Crouch 2004.

(38) Norris 2011.

(39) Norris 2002.

(40) Smith 2005; Kersting 2008.

(41) Eine neuere Übersicht über Krisendiagnosen in westlichen Demokratien bieten Brodcz u.a. (2008).

(42) Raschke 2013.

(43) Selle 2013.

(44) Bentley 2005.

(45) Amna 2010.

Literatur

Agnoli, Johannes/Brückner, Peter 1966: Die Transformation der Demokratie. Berlin: Voltaire Verlag

Almond, Gabriel A./Verba, Sidney 1963: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton: Princeton UP

Amna, Erik 2010: Active, Passive, or Stand-by Citizens? Latent and Manifest Political Participation. In: ders. (ed.): New Forms of Citizen Participation. Baden-Baden, 191-203

Armbruster, Bernt 1979: Lernen in Bürgerinitiativen. Ein Beitrag zur handlungsorientierten politischen Bildungsarbeit. Baden-Baden: Nomos

Beetham, David/Carvalho, Edzia/Landman, Todd/Weir, Stuart 2008: Assessing the Quality of Democracy. A Practical Guide. Stockholm: IDEA

Bentley, Tom 2005: Everyday Democracy. Why we get the politicians we deserve., London: Demos

Bohman, James 2007: Democracy across Borders. From Demos to Demoi. Cambridge, Mass.: MIT Press,

- Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S. (Hg.) 2008: Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag
- Conradt, David P. 1980: Changing German Political Culture. In: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hg.): The Civic Culture Revisited. Boston/Toronto: Little, Brown, 212-272
- Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt/M: Suhrkamp (engl, Originalfassung 2004)
- Della Porta, Donatella 2013: Can Democracy Be Saved? Cambridge: Polity
- Friedrich, Manfred 1962: Opposition ohne Alternative? Über die Lage der parlamentarischen Opposition im Wohlfahrtsstaat. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik
- Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine 2006: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Wiesbaden: VS Verlag
- Grosser, Alfred/Seifert, Jürgen 1966: Die Spiegel-Affäre. Band I. Die Staatsmacht und ihre Kontrolle. Olten/Freiburg: Walter Verlag
- Grossmann, Heinz (Hg.) 1971: Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung? Frankfurt/M: Fischer
- Habermas, Jürgen et al. 1961: Student und Politik. Neuwied: Luchterhand
- Habermas, Jürgen 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied: Luchterhand
- Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus. Frankfurt/M
- Hesse, Konrad 1984: Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Karlsruhe: C.F. Müller
- Himmelmann, Gerhard 2006: Leitbild Demokratieerziehung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag
- Holtmann, Everhard 2013: Individualität als Lebensregel. Überlegungen zur Historik einer politischen Kultur der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Keil, Silke I./Thaidigsmann, Isabell S. (Hg.): Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung. Wiesbaden: Springer VS, 435-450
- Hutter, Franz-Josef/Tessmer, Carsten 1997: Die Menschenrechte in Deutschland. München: Beck
- Inglehart, Ronald 1989: Kultureller Umbruch. Frankfurt/New York

Kersting, Norbert (Hg.) 2008: Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag

Koopmans, Ruud 1995: Democracy from Below. New Social Movements and the Political System in West Germany. Boulder, CO: Westview Press

Kriesi, Hanspeter u.a. 2008: West European Politics in the Age of Globalization. Cambridge: Cambridge UP

Landman, Todd (ed.) 2008: Assessing the Quality of Democracy. An Overview of the International IDEA Framework. Stockholm: IDEA

Loewenberg, Gerhard 1969: Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen: Wunderlich

Mayer-Tasch, Peter-Cornelius 1976: Die Bürgerinitiativbewegung. Reinbek: Rowohlt

Negt, Oskar 2010: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen: Steidl Verlag

Negt, Oskar 2008: Demokratie als Lebensform. Mein Achtundsechzig. In.: Aus Politik und Zeitgeschichte 31

Norris, Pippa 2002: Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism. Cambridge: Cambridge University Press

Norris, Pippa 2011: Democratic Deficits: Critical Citizens Revisited, Cambridge: Cambridge University Press

Ober, Josiah 2008: Democracy and Knowledge. Innovation and Learning in Classical Athens. Princeton: Princeton UP

Raschke, Joachim 2013: 25 Jahre Forschungsjournal: »Ein Glücksfall, der Wissenschaft und Praxis zusammenbindet«. Hamburg: Ms.

Ridder, Helmut 1975: Der Demokratiebegriff des Grundgesetzes, in: Deiseroth, Dieter u.a. (Hg.): Helmut Ridder. Gesammelte Schriften. Baden-Baden: Nomos 2010, 193-202

Ridder, Helmut 1984: Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung. In: Azzola, Axel u.a.: Alternativkommentar zum Grundgesetz. Bd. 2. Neuwied: Luchterhand, 1408-1494

Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Köln: Bund Verlag

Roth, Roland 1998: Lokale Demokratie »von unten«. Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik. In: Wollmann, Hellmut/Roth, Roland (Hg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2-22

Roth, Roland 1999: Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie. Herausforderungen, Innovationen und paradoxe Konsequenzen. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag, 47-63

Roth, Roland 2004: Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft – Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: VS Verlag, 41-64

Roth, Roland 2005: Transnationale Demokratie. Beiträge, Möglichkeiten und Grenzen von NGOs. In: Brunnengräber u.a., 80-128

Roth, Roland 2009: Handlungsoptionen zur Vitalisierung von Demokratie. Gütersloh

(download: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-DF8A8405-AECD555D/bst/xcms_bst_dms_29175_29176_2.pdf)

Roth, Roland 2011: Bürgermacht. Hamburg: Edition Körber

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) 2008: Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/New York: Campus Verlag

Rucht, Dieter/Roth, Roland 2008: Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz. In: Roth/Rucht, 635-668

Runge, Brigitte/Vilmar, Fritz 1988: Handbuch Selbsthilfe. Frankfurt/M: Zweitausendeins

Schäfer, Gert 1968: Die befohlene Demokratie. In: Duve, Freimut (Hg.): Die Restauration entlässt ihre Kinder oder Der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik. Reinbek: Rowohlt, 123-134

Selle, Klaus 2013: Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe. Analysen und Konzepte. Detmold: Verlag Dorothea Rohn

Senghaas, Dieter 2003: Politik mit wachen Sinnen betreiben! Eine Erinnerung an Karl W. Deutsch (1912-1992). In: WZB-Vorlesungen 4. Berlin, 11-25

Sippel, Hanns-Jörg 1994: Initiativen innovativ. Beispiele für Bürger/innenengagement in den neuen Bundesländern. Bonn: Stiftung Mitarbeit

Smith, Graham 2005: Beyond the Ballot. 57 Democratic Innovations from Around the World. A Report for the POWER Inquiry. Exeter: Short Run Press (www.powerinquiry.org)

Touraine, Alain 1992: Beyond Social Movements? In: Theory, Culture & Society, 125-145

Trojan, Alf (Hg.) 1986: Wissen ist Macht. Eigenständig durch Selbsthilfe in Gruppen. Frankfurt/M: Fischer

UNDP 2002: Deepening democracy in a fragmented world. Human Development Report 2002. New York/Oxford: Oxford UP

Ullrich, Sebastian 2009: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik. Göttingen: Wallstein

Autor

Prof. Dr. Roland Roth ist Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er arbeitete als Research Fellow an der University of California in Santa Cruz (UCSC) und am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) sowie als Gastprofessor an der Universität Wien. Roland Roth ist Mitbegründer des »Komitees für Grundrechte und Demokratie« (Köln) und war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«.

Kontakt:

roland.roth@hs-magdeburg.de

Redaktion

Stiftung MITARBEIT

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de